

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1873**

2.4.1873 (No. 78)

# Badischer Beobachter.

Büreau: Aplerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

78.

Wirden täglich (Montag ausgen.)  
aus 1 R. 16 Kr. durch die Post bezogen  
1 R. 50 Kr. vierteljährlich.

Mittwoch, 2. April

Preis des Jahrganges  
wie gewöhnlich bei den  
Baum & Freytag.

1873.

Bestellungen auf unser Blatt werden fortwährend von allen Postanstalten und Landpostboten entgegengenommen.

## Erkennen und Wollen.

→ Von der Dreifam. Erkennen und Wollen logieren in einer und derselben Seele und man sollte meinen, diese zwei Geisteskräfte sollten friedlich miteinander auskommen. Beide Geisteskräfte sind vom Schöpfer zu harmonischer Thätigkeit angelegt; sie sollten im politisch religiösen Leben wie die Saiten eines wohlgestimmten Musikinstrumentes harmoniren und bei einem großen und zugleich bessern Theil der Menschheit spielen sie auch das Schauspiel des Lebens — besser die Tragödie — harmonisch ab. Bei vielen und oft sehr geschiedenen Leuten hören wir jedoch zwischen Erkennen und Wollen jene Dissonanz, jene Disharmonie, welche schon der bekannte Mathematiker und Philosoph Pythagoras als das Grundübel des staatlichen Lebens erkennt. Pythagoras ist ein Rechnungsmesser und findet es leicht, welche Rechnung für den Staat herauskommen muß, wenn der Wille das bessere Erkennen im Stich läßt. Die Geschichte liefert hierfür die farbigen Bilder. Das Erkennen ist jenes römischen Richters: „Ich finde keine Schuld an Ihm“ und das unmittelbar nachfolgende und gewiß logische Decret des Willens: „Ich will Ihn also züchtigen“, hat zu allen Zeiten vielfache Geltung gefunden und multiplicirt sich in großen Nummern besonders in der Gegenwart.

Das Erkenntniß des Deutschen Reichstages hat an den Jesuiten kein Verbrechen — auch nicht ein einziges gefunden, welches die Mitglieder des Ordens vor das Forum des Richters hätte laden können. Das Erkenntniß hat offen die großen Opfer dieser Männer im Krieg und die Ehrenkreuze auf der Brust, die wissenschaftliche Höhe des Ordens, die zu 30,000 gelehrten Werken anschwillt, und den sittlichen Charakter der Mitglieder nicht läugnen können; ja einer der Abgeordneten, welcher gegen den Orden das unerbitterliche Staatsgesetz am Stärksten befürwortete, konnte nicht umhin zu erklären: „Die einzelnen Mitglieder des Jesuitenordens sind durchweg achtbare und ehrenwerthe Leute.“ Selbst der Cultusminister erklärte offen, einen gerichtlichen Proceß könne man nicht antreiben. Das Erkennen fand also kein Verbrechen, darum zog der Wille das merkwürdige Facit: die Jesuiten haben sich aller kirchlicher Functionen zu enthalten, der freie Aufenthalt im Reich ist ihnen verboten, auch aus dem elterlichen Haus, wo sie unter den Augen der geachteten Eltern erzogen wurden, müssen sie verbannt werden. „Ich (Erkennen) finde keine Schuld an ihnen, darum will ich (Wille) sie züchtigen.“

Der große Rath von Solothurn, Bern und Genf findet an den katholischen Bischöfen kein Verbrechen. Dieser „hohe“ Rath würde sonst wohl so frei sein und die Verbrechen genau bezeichnen. Weil das Erkennen des hohen Rathes der Kantone an den Bischöfen kein Verbrechen findet, darum faßt der Wille den Beschluß, daß die Bischöfe das Schweizerland, welches Communisten aufnimmt und politische Verbrecher jeglicher Art aufgenommen hat, verlassen müssen. Kehren sie — an denen keine Schuld gefunden wird, zurück, werden sie in das gewöhnliche Stadtgefängniß geworfen. Da mach's der Wille mit dem Erkennen, wie jener grause Ritter mit seinen unglücklichen Opfern. Hatten diese ihre Unschuld glänzend vertheidigt, dann nahm sie der Eisenmann auf die höchste Burgzinne, packte sie am Schopf und warf sie in den unten vorüberziehenden Strom hinab.

Jüngst hat der wackere Mallinckrodt in unumstößlichen Zahlen bewiesen, wie die Convicte in Preußen auf der Höhe der Bildung stehen und den Candidaten anderer Fachstudien den Rang ablaufen. Er sagte: „Die Schüler des Convictes zu Breslau haben sechsmal hintereinander die Preisaufgaben

gelöst. In Münster ist das Resultat, daß in den 7 Jahren von 1865—1872 auf 26 Böglinge des Convictes Einer kommt, der das Examen nicht besteht, während von den übrigen Studirenden von Dreien Einer durchfällt. Von Preisschriften, bei denen königliche Professoren die Preisrichter waren, kommt je eine gekrönte Preisschrift auf 20 Convictoren, dagegen je eine auf 187 andere Studirende. Nach Ablauf des Trienniums wird wieder ein Examen gemacht; die Examinatoren sind die königlichen Professoren. Da kommt auf 38 Convictoristen Einer, der das Examen nicht besteht, auf 6 andere Studirende Einer, der durchfällt.“ Nach diesem auf unumstößlichen Zahlen beruhenden, von Mallinckrodt gegebenen Erkenntniß steigt dann der liberale Abgeordnete Götting auf die Tribüne und sagt sein Wille: „Die kath. Knabenseminare und Convicte sind ein großes Unglück.“

Hört man gewissen Versammlungen zu, oder liest man deren Neben, so kommt es einem vor, als ob das Erkennen an dem Willen als an einer ehernen Wand abprallte.

Da wundert es uns nicht, wenn Abgeordnete es wiederholt aussprechen, daß sie nicht das Wort ergreifen, um etwa der Hoffnung sich hinzugeben, einzelne Gegner zu gewinnen, sondern nur darum, daß ihre Stimme im Lande Echo finde. Es wundert uns auch nicht, warum man in den gelehrten Schulen das Maß der Kenntnisse immer höher schraubt und die Cultivirung des Willens, wie die Vesperbeischlüsse u. zeigen, sinken läßt.

Noch weniger wundert es uns, daß bei solchen Mustern von Charakterbildern die niedere Masse immer mehr einen so guten, kindlich folgamen Willen an den Tag legt.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 28. März. (Germ.)

Das Haus verhandelt in erster Berathung über das Münzgesetz.

Gesch. Oberregierungsroth Michaelis: Das vorliegende Gesetz sei die logische Consequenz des am 4. December 1871 beschlossenen Gesetzes über Anprägung von Reichsgoldmünzen. Gemäß diesem Gesetze seien in den verschiedenen Münzen des Reichs ununterbrochen Goldmünzen geprägt worden, und zwar belaufe sich die Höhe derselben bis zum 15. d. M. auf 531,200,000 Mark, nämlich 406,300,000 Mark in Zwanzigmarkstücken und 124,899,000 Mark in Zehnmarkstücken. Die Kosten für Anschaffung des Goldes haben betragen 152,391,458 Thlr., und daraus habe man geprägt 462,085,446 Mark im Werth von 154,028,481 Thlr. Wüthig habe man dabei einen Brutto-Ueberschuß von 1,637,023 Thlr. erzielt. Davon gingen freilich die Prägekosten, sowie die Ausgaben ab, welche das Reich durch die Verschlechterung der Münzen im Verkehr und ihre Umprägung zu tragen hätte, so daß der Reingewinn etwa nur 600,000 Thlr. betrage, das heißt die Zinsen eines zu 3/4 pCt. ausgeliehenen Capitals. Da man sich für den Reichsgoldfuß allein entschieden habe, so seien von der Regierung schon eine Menge schlechter Silbermünzen eingezogen worden, die zum Einschmelzen bereit wären. Außerdem aber sei es zur Durchführung des neuen Systems dringend notwendig, schleunigst die Rechnung nach Mark einzurichten, und dies werde am Besten dadurch gefördert, daß man baldmöglichst alle Silbermünzen, welche nicht in die Markrechnung passen, einziehe. Der wahre Erfolg des Gesetzes jedoch hänge vom Volke ab, das, nur zu sehr an seine alten Münzen gewöhnt, nur mit Widerwillen die neuen Münzen in den Verkehr aufnehmen würde. Erst wenn das Volk mit dem neuen System sich befreunden haben werde, könne das längst erstrebte Ziel, eine einheitliche Münze für Deutschland zu schaffen, erreicht werden.

Abg. Dr. Bamberger: Die Erfahrungen der 1 1/2 Jahre, die seit Beschluß des ersten Münzgesetzes verstrichen seien, hätten in erfreulicher Weise bewiesen, daß man die damals gefaßten Beschlüsse nicht zu bereuen habe. Es handelte sich damals lediglich um 2 Punkte, nämlich um die Einführung des Goldfußes und um die Frage, ob man ein nationales oder ein internationales System einführen solle. Das Haus habe sich für den Goldfuß entschieden, und der Umstand, daß Scandinavien und Holland schleunigst gleiche Einrichtungen getroffen hätten, beweise die Richtigkeit jener Entscheidung. Ebenso habe man das Rechte damit getroffen, daß man an dem nationalen Münzsystem festhalte, und auch hierfür lieferten die Nachahmungen in andern Staaten den besten Beweis. — Auf die Vorlage selbst eingehend erklärt sich Redner zunächst gegen die Berathung des Gesetzes in einer Commission. Wenn bei irgend einem Gesetze die Mitwirkung sämtlicher Kräfte des Reichstages und überhaupt des ganzen Volks nöthig wäre, so sei es bei diesem Gesetze, darum sei die zweite Berathung im Plenum vorzunehmen. Redner bemerkt darauf, daß die Regierung verschiedene Unklarheiten in das Gesetz gebracht habe, indem sie z. B. bald von Goldmünzen, bald von Markwährung, von Markrechnung u. s. w. spreche. In Folge

dieser verschiedenen Bezeichnungen könne man durchaus nicht erkennen, welche Ansicht eigentlich die Regierung von der großen Reform habe. Der Begriff „Reichsgoldwährung“ bedeute nichts anderes als: von jetzt an werde nicht anders als mit Gold gezahlt, und zwar nach der im Gesetz angegebenen Rechnung. Die Regierung dagegen scheine die Ansicht zu haben, daß wir erst dann, wenn der Moment gekommen sei, wo wir nur in Gold zahlen, eine Reichsgoldwährung haben würden. Darnach hätten wir jetzt Silberthaler, die nicht wären, was sie bedeuteten, und nicht bedeuteten, was sie wären, so daß uns die Süddeutschen mit Recht zurufen könnten: „Da habt Ihr ja auch Eure Raupenhelm und Eure himmelblauen Hosen!“ (Heiterkeit.) Es sei nicht zu verkennen, daß das Uebergangsstadium große Schwierigkeiten bereite, aber um so schneller müsse dasselbe durchgemacht werden. Der Weg, den die Regierung dabei einschläge, gleiche aber der Königgräzerstraße, wo auf der einen Seite Chaussee, auf der andern eine abgebrochene Eisenbahn, in der Mitte sich ein Knüppeldamm befinde (Heiterkeit), der zur Belustigung der Jugend diene und auf dem man bequem den Hals brechen könne. Es werde allerdings nicht leicht sein, sogleich Gold in genügender Menge herbeizuschaffen, ebenso werde es einige Schwierigkeiten bereiten, das dann überflüssig gewordene Silber unterzubringen, indessen werde es der Regierung gelingen, wenn sie bei Zeiten daran denke, die ausländischen Silbermärkte zu frequentiren, und energisch dabei zu Werke gehe, die Concurrenz der andern Staaten, die voraussichtlich eintreten werde, erfolgreich zu überwinden. Sache der Landesvertretung werde es dann aber sein, der Reichsregierung genügende Betriebsfonds zur Verfügung zu stellen zum Ankauf von Gold und zur Deckung der Prägekosten, damit die Regierung in keiner Weise behindert sei, in energischer Weise das Gesetz auszuführen. Vielleicht werde sich dabei empfehlen, einen verantwortlichen Reichsmünzdirector, einen Reichs-Schwarz (Heiterkeit) an die Spitze des Ganzen zu stellen, so eine einheitliche Leitung des Münzwesens um so sicherer gestellt werde. Wesentlich würde die Sache auch gefördert werden, wenn man das Privatprägerecht frei gebe, denn dadurch werde am besten das richtige Maß für die Circulation des Goldes innegehalten werden. Von gegnerischer Seite des Gesetzes sei die Befürchtung ausgesprochen worden, das Ausland würde sich des bei uns geprägten Goldes bemächtigen und wir würden so in die Lage kommen, unser eigenes Gold im Auslande wieder einlösen zu müssen. Diese Befürchtung theile er nicht, vielmehr werde er die Zeit mit Freuden begrüßen, wo in so hohem Maße unser Gold im Auslande circulirte, denn es würde dies ein Zeichen dafür sein, daß unser Handel den größten Aufschwung genommen habe, und sollten daraus auch einige Mehrkosten dem Reiche erwachsen, so seien dieselben eben nicht anders anzusehen als alle übrigen Ausgaben, die dem Staate zur Beförderung und zum Schutze des Handels zur Last fielen. Jedenfalls liege in jenem Umstande kein Grund, von der Einführung eines rationellen Münzsystems abzusehen. Ein wesentliches Erleichterungsmittel zur Einführung der neuen Rechnung würde man damit schaffen, wenn man bald Papieranweisungen im Goldmünzenmaßstabe ausgabe, damit das Volk bei Zeiten mit Zehn- und Zwanzigmarkstücken zu rechnen anfangen, wenn auch nur in Papier. Eine einzige wahre Befürchtung hege er, und zwar betreffe diese den österreichischen Gulden. Es sei zu besorgen, daß von Oesterreich, wenn auch nicht direct von der Regierung, eine so große Menge Silbergulden nach Deutschland herüber gebracht werden würde, daß dadurch die endlich erreichte Befestigung des Silberfußes nahezu wieder in Frage gestellt würde. Diesem Uebelstande müsse bei Zeiten vorgebeugt werden, und es müßten zu diesem Zweck von der Regierung Mittel gefunden werden, durch welche dem österreichischen Gulden die Thore von Deutschland und von Elsaß-Lothringen verschlossen würden. Von verschiedenen Seiten sei bereits mehrfach das Bedürfnis betont worden, zwischen dem Fünfmarkstück und der nächstfolgenden kleineren Münze noch eine mittlere Münze einzuführen. Auch er theile diese Ansicht, und zwar sei er dabei nicht im Geringsten zweifelhaft, daß man zwischen dem Zwei- und dem Zweieinhalbmarkstück wägen müsse. Er entscheide sich für das Zweieinhalb-Markstück, obgleich dem Süden vielleicht das Zwei-Markstück lieber sein würde, und zwar ziehe er darum jenes vor, weil er entschieden jene Verwandtschaft mit dem österreichischen Gulden bekämpfe und der Meinung sei, daß dieser sammt seinen Brüdern und Bettern bei Seite geschafft werden müsse, wenn man eine richtige Durchführung des neuen Systems in Kürze erreichen wolle. Der Einwand, daß jene Münze sich schwer dem Decimalsystem anpasse, sei ohne praktische Tragweite. Dies bewiese der Umstand, daß die Engländer und Meister des Decimalsystems, die Franzosen, 1/2- und 1/4-Francstücke prägten. An den früheren Beschluß des Reichstages antnüpfend, daß die in verschiedenen Ländern geprägten Goldmünzen mit den Köpfen der verschiedenen Landesherren bezeichnet werden dürften, meint Redner, daß damit dem Geldsouveränitätsrechte der Fürsten völlig Genüge geleistet worden sei, und daß, wenn der Reichstag damals sehr vernünftig gewesen sei, die verbündeten Regierungen nun wenigstens vernünftig sein und Raifon annehmen sollten darin, daß sie jenes Recht nun wenigstens für die Silbermünzen aufgaben. Einmal habe die Sache überhaupt keinen ernsthaften Sinn, und ferner werde dadurch die Gefahr der Fälschung herbeigeführt. Er wünsche, daß die Silbermünzen mit dem Kopf des Kaisers geprägt würden, denn dies sei gewissermaßen ein allgemeines Bedürfnis, daß auf der Silbermünze ein menschliches Haupt sich befinde, und der Umstand, daß Frankreich und Amerika, denen ein Monarch fehle, irgend einen Phantasiestopf als Repräsentation der Republik auf die Münzen prägten, spreche zur Genüge für die Behauptung. Zum Schluß spricht Red-

ner seine Anerkennung darüber aus, daß die Regierungen sich mit dem Gedanken befreundet hätten, den Nidel an die Stelle des Kupfers zu setzen. (Beifall.)  
Abg. Dr. Mohl. (Während Redner die Tribüne besteigt, leert sich das Haus, so daß er vor leeren Bänken spricht.) Redner bemüht sich in mehr als einstündiger Rede, die wegen seines schwachen Organs auf der Journalistentribüne im Zusammenhange unverständlich bleibt, die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Bamberger zu widerlegen. Er hält die Doppelwährung, d. h. den Silberfuß neben dem Goldfuß für das einzig Richtige, bekämpft das vom Vorredner vorgeschlagene Sperrungssystem gegen den österreichischen Gulden und erklärt sich entschieden gegen das Zweieinhalb-Markstück, welches dem Decimalsystem und der bisherigen Münzrechnung völlig widerspreche. Zum Schluß empfiehlt Redner Verweisung des Gesetzes an eine Commission.  
Das Haus stimmt darauf einem Antrage auf Vertagung in Rücksicht auf die vorgerückte Zeit bereitwillig zu.

### Preussland.

\* Karlsruhe, 30. März. Die Nationalassembleden bringen schon wieder in Betreff der Tabaksteuer ihr altes Einschläferungsmittel zur Anwendung. Preussische Blätter jener Partei stellen es für sehr fraglich hin, ob die Reichsregierung eine abermalige Erhöhung dieser Steuer vorschlagen werde. Dem entgegen wird aus dem Elsaß berichtet:

Strasbourg, 28. März. Herr Julius Sengenwald theilte in der gestern stattgehabten Sitzung der Handelskammer den Bericht der Delegirten mit, welche in deren Namen in Berlin geeignete Schritte gegen die Annahme der projectirten Tabaksteuer gethan haben. Die Delegirten haben sich große Mühe gegeben, dem Direktor des Reichskanzlers, Hrn. Herzog, dem Minister Delbrück und einer großen Zahl Abgeordneter die schweren Nachtheile auseinanderzusetzen, welche die Tabaksteuer für Elsaß-Lothringen herbeiführen würde. Nur eine bestimmte Antwort ist ihnen zu Theil geworden: vom Minister Delbrück erhielten die Delegirten die bestimmte Versicherung, daß in jedem Falle die Ernte des laufenden Jahres der neuen Steuer noch nicht unterworfen werden wird. „Schließlich“ — hieß es in dem Bericht, wie ihn die „Str. B.“ mittheilt — „erwähnen wir noch des Eindruckes im Allgemeinen, welchen wir von unserer Mission nach Hause gebracht haben: nirgends besteht großer Eifer zu Gunsten des neuen Gesetzes, welches übrigens bloß von einer Partei des Reichstages ausgeht und welches lebhafteste Opposition dafselbst erregen wird, was uns hoffen läßt, daß dasselbe verworfen wird.“ Uns läßt gerade dieser Bericht fürchten, bemerkt die Frankf. Zeitung dazu, daß die Einführung der Tabaksteuer eine von der Reichsregierung fest beschlossene Sache ist, und was dem hohen Reichstage gegenüber dies zu bedeuten hat, brauchen wir Niemanden erst auseinanderzusetzen.

→ Aus dem Oberlande. Aus Solothurn kommt uns von einem hochgestellten Herrn ein Brief zu, der über die Lage der Schweizerkatholiken sich also ausspricht: Der Kern unserer Situation ist: eine Verschwörung von 5 radicalen Regierungen gegen das gesammte katholische Volk der betreffenden Cantone. Das kath. Volk hatte sich schon am 30. Juli 1871 bei der Abstimmung über „die Wiederwahl der Geistlichen“ mit mehr als zwei Dritttheilen für treues Festhalten am kirchlichen Recht erklärt und als es sich im gleichen Jahr um Los-trennung vom Bisthum Basel handelte, haben von der kath. Gesamtbevölkerung Argans mit ca. 80,000 Seelen die weitaus meisten Gemeinden, circa 60,000 Seelen repräsentirend, durch förmliche Gemeindebeschlüsse dem Bischof ihre unwandelbare Treue bezeugt. Ähnlich im Thurgau mit einer Gesamtbevölkerung von ca. 23,000 Seelen: von 4759 stimmberechtigten Katholiken haben sich 4339 mit legalisirter Namensunterschrift für den Bischof erklärt. In Bern haben von einer kath. Gesamtbevölkerung von c. 66,000 Seelen c. 10,000 Stimmberechtigte die Adresse zu Gunsten des Bischofs unterzeichnet.

Bezüglich Solothurns erhellt die Stimmung des kath. Volkes aus der Thatsache, daß die Regierung sich bemüht hat, fast ihr ganzes Militär auf die Beine zu stellen, obschon nirgends vorher auch nur eine Kauferei stattgefunden.

Im katholischen Baselland (Birsach) mit c. 10,000 kath. Seelen hat die kath. Volksversammlung in Reinach, an welcher trotz des abschüchtligsten Wetters 2000 Männer sich beteiligten, die Gesinnung des Volkes gezeigt.

Und zwar dies Alles trotz Lügen und Einschüchterungen von Seiten vieler Beamten und der fast ganz in radicaler Hand befindlichen großen Presse. Also wohl: Regierung gegen das Volk! Es lebe die Demokratie!

Inzwischen sitzt der Bischof, unermüdet arbeitend,

in seinem Palais, auf Gott vertrauend — sein Reiselöffelchen neben sich parat — sich freuend an der einmüthigen Treue seines Clerus und an der Ergebenheit des Volkes.

§ Aus dem Unterlande. 30. März. Wüßte man nicht, daß der Zufall oft Wunder wirkt, so hätte das Vertrauen in die Wahrheitsliebe des Herrn Ministerialrathes Sachs eine harte Probe zu bestehen, wenn er in seiner jüngsten Erklärung in Ihrem Blatte sagt, er sei ganz zufällig mit Michelis in Meßkirch zusammengetroffen. Es ist dies überhaupt ein sonderbares Zeugniß, das sich der Großh. Landescommissär selbst auszustellen beliebt, dem doch eine so „große Bewegung“ und eine „so heilige Sache“ in seinem Commissariate nicht entgehen sollte. Daß dem Hr. Landescommissär die „kirchlichen“ Dinge sonst nicht wenig am Herzen liegen, beweist sein lezt gedruckter Jahresbericht für 1871, aus welchem wir in der Rubrik „Kirchliches“ ersehen, daß er nicht allin im Umfange der drei Kreise „eine tiefgehende Zwiespältigkeit“ innerhalb der kath. Kirche wahrnehmen will, sondern schon damals von einer „Bewegung“ in der kath. Kirche zu berichten weiß, die jedoch „während des Jahres 1871 noch wenig an die Oberfläche treten sollte.“ Ja, der Herr Landescommissär interessirt sich nach demselben Berichte nicht allein um die Gründung und Befestigung kirchlicher Pründen, um die Mißthelligkeiten der Organisten, um die Reparaturen an Altären, Kirchtürmen und Pfarrhäusern, sondern scheint tief besorgt zu sein selbst um Wallfahrten, wie um die zu „St. Leonhard“ bei Ueberlingen und zu „Maria-Schön“ bei Pfullen-dorf — und jetzt soll die Missionsreise des preussischen Apostels am See mit der Dienstreise des Großh. Landescommissärs nach Meßkirch zufällig in einem und demselben Bahnzuge geschehen, ohne daß der Eine den Andern je gesehen hat! — Ueberhaupt, was wird wohl der Minister des Innern dazu sagen, wenn er aus der Erklärung des Ministerialrathes im Bad. Beob. ersehen sollte, daß der Landescommissär von den Kreisen Constanz, Billingen und Waldshut den Michelis erst draußen in Meßkirch zum ersten Male zu sehen bekommt, während dieser Mann als preussischer Professor sich herausnimmt seit einem halben Jahre in diesen Kreisen von Stadt zu Stadt zu ziehen, Volksversammlungen abzuhalten, kirchliche Gemeinden zu gründen, Geistliche zu berufen u. dgl. m. — Wird der Herr Minister mit einer solchen Amtsführung des Landescommissärs wohl zufrieden sein können? Oder sollten etwa die amtlichen Berichte des Landescommissärs an den Minister ein klein wenig verschieden lauten von der öffentlichen Erklärung des Ministerialrathes im Bad. Beobachter?

München, 31. März. Die angeblich von einem preussischen General der Cavallerie hier geführten Unterhandlungen über einen näheren Anschluß der bayerischen Armee an das Reichsheer werden heute officiös in Abrede gestellt.

München, 31. März. Man versichert, daß der General Maillinger, Commandant der bayerischen Occupationstruppen, an Stelle des Generals Hartmann heute zum Commandanten des zweiten Armeecorps ernannt worden ist.

Dresden, 31. März. Wie die Dresdener Nachrichten melden, hat das Justiz-Ministerium das Gesuch Bebel's, ihn während der Reichstagsitzung aus der Haft zu beurlauben, einfach abgelehnt.

Erkelez, 29. März. Bei der heutigen Nachwahl zum Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Erkelez-Geilenkirchen-Heinsberg ist der Candidat der Centrumspartei, Hr. Advokat-Anwalt Pelzer II. in Aachen, mit 205 Stimmen gewählt worden, gegen 61, welche auf Herrn H. Schlic in Lachweiler fielen.

Berlin, 28. März. Herr Miarka setzt in der neuesten Nummer seines „Katholik“ die Replik gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit folgenden sehr interessanten Enthüllungen fort:

„Als ich die offerirten 7500 Thlr. restituirt hatte und die Wahl im Pleß-Rybniker Kreise trotz unerhörter Agitation insofern glücklich für uns ausgefallen war, als das deutsche Volk den Vater Müller wählte, beehrte man mich wiederholt mit Besuchen und bot mir 1) 30,000 Thlr. als Subvention auf fünf Jahre; 2) eine besondere Vergütung für jeden Abgeordneten, den der „Katholik“ durchließe, d. h. es wurde nicht verlangt, der „Katholik“ solle die Wahl unserer Gegner unterstützen, sondern er solle nur — schweigen. Hierbei wurde angedeutet, daß, da während fünf Jahren in Oberschlesien etwa 32 Abgeordnete gewählt und für jeden 2000 Thlr. gezahlt würden, der „Katholik“ bei den Wahlen verdienen könnte etwa 64,000 Thlr. und hierzu die Subvention . . . 30,000 Thlr. in Summa 94,000 Thlr.“

Es ist leicht begreiflich, daß ein so ungeheurer Reichtum für einen armen Familienvater von zehn unerwachsenen Kindern eine schwere Versuchung war und einen nicht leichten Kampf zwischen Mammon und Gewissen verursachte. Ich gestehe, daß ich der Mittelsperson folgende Proposition gemacht habe: 1. Ich will für 70,000 Thlr. den „Katholik“ verkaufen und als Redacteur einen gewissen Seminarlehrer empfehlen; 2. auf keinen Fall gehe ich darauf ein, daß mein Name unter den „Katholik“ gesetzt werde, da es mir mein Gewissen nicht erlaubt, eine gegen das katholische Volk agitirende Zeitung zu unterzeichnen. Ich urtheilte so: Es steht mir frei, den „Katholik“ zu verkaufen, denn er ist mein Eigenthum; wenn das Volk erst darum weiß, so kann es mir nichts anhaben, falls der „Katholik“ Artikel anderer Tendenz bringt.

Die Gegenpartei ging auf meinen Vorschlag nicht ein, sondern stellte eine noch größere Subvention in Aussicht, unter der Bedingung, daß ich Redacteur bleiben müßte. Als der Mittelsmann der Gegenpartei, welcher mit mir verhandelte, meine abschlägige Antwort vernommen, prophezeite er mir, daß ich, falls sich die Tendenz des „Katholik“ nicht änderte, mit allen Mitteln verfolgt werden würde — aber die Drohung erschreckt mich nicht. Gott ist mein Zeuge, daß ich diese Enthüllungen nicht aus Eigenlob veröffentliche, sondern einzig darum, weil der „Zwiasur“, der Plesser „Szasz“, die Rattowitzer „Pravda“ und alle jüdischen und „liberalen“ Zeitungen schreiben: „Miarka schreibt, weint, jammert und läßt sich martern für Geld!“

Das ist Niedertracht und teuflische Verleumdung! Wenn ich nach Geld strebte, so hätte ich die mir angebotene Summe angenommen, hätte mir ein Gut gekauft und ohne Sorge leben können. Habe ich Jemanden um Geld oder Geschenk gebeten? Ich habe mich oft an das Volk gewendet, aber nur um Unterstützung durch zahlreiches Abonnement gebeten. Und wenn polnische und katholische deutsche Blätter für den „Katholik“ gesammelt haben, so ist das nicht meine Schuld, da ich Niemanden darum ersucht habe.“ (Germ.)

Berlin, 29. März. In der Diätenfrage haben die liberalen Parteien des Reichstags, nach den Erklärungen des Ministers Delbrück, auf ein Entgegenkommen des Bundesraths nicht zu rechnen. Das war schon vor Eröffnung der Discussion über den Schulgesetzen Antrag vorherzusehen und wurde erst recht klar durch die Laubeit, welche die dem Fürsten Bismarck nahe stehenden liberalen Parlamenten diesem Antrage gegenüber an den Tag setzten. Auch für den Antrag auf Befreiung der Presse von dem finanziellen und polizeilichen Druck zeigen nicht alle Liberalen dieselbe Wärme. Um so weniger läßt sich da erwarten, daß es dem Reichstage gelingen werde, den Widerstand des Bundesraths zu brechen. Hat doch selbst die „Spen. Ztg.“ schon davor gewarnt, aus der commissarischen Betheiligung des Bundesraths an den Verhandlungen der Press-Commission günstige Schlüsse zu ziehen. Doppelt befremdend ist dieser abwehrenden Haltung des Bundesraths gegenüber die Erscheinung, daß der Reichstag Beschlüsse über Beschlüsse faßt, welche den Reichskanzler immer unabhängiger vom Bundesrathe und vom Reichstage machen. Zu diesen Beschlüssen gehört auch derjenige über den Invalidenfond. (R. V. Z.)

Berlin, 31. März. Der Reichstag erledigte die erste Berathung des Gesekentwurfs über die Kriegsausleistungen und beschloß zweite Lesung im Plenum.

Berlin, 31. März. Der „Reichsanzeiger“ publicirt folgende Ernennungen: Sydow zum Unterstaatssecretär im Cultusministerium, Greiff zum Ministerialdirector und Wirklichen Geheimen Regierungsrath, Seminar-director Schneider und Professor Schöne (Halle) zu vortragenden Räten im Cultusministerium.

### Ausland.

Wien, 29. März. Der Verfassungsausschuß hat die Vorlage der Regierung, betreffend die zeitweise Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte mit den zu § 1 von Carnari formulirten Cautelen, wonach die Einstellung im Wege der Verordnung längstens für ein Jahr verfügt und nicht verlängert werden kann und sofort aufzuheben ist, sobald eines der beiden Häuser des Reichstages es verlangt, angenommen. — Die Fürstin Karageorgiewich, Ge-

\*) Wir erinnern übrigens daran, daß vor einiger Zeit, als wir die Obigen — jetzt vom „Katholik“ durchweg bestätigten — Enthüllungen zuerst veröffentlichten, die „liberale“ Presse uns der Uebertreibung, ja der „Lüge“ ziele. Der Umstand, daß damals vor allen die Reptilienpresse an die Höhe der Herrn Miarka versprochenen Summen nicht glauben wollte, zeigt übrigens, daß der Herr Reichskanzler nicht so nobel ist, als gewisse Herren in Oberschlesien. Die Red.

mohlin des Fürsten Alexander Karageorgievich, ist heute Abend gestorben.

Bern, 30. März. In einer zu Correndin (?) abgehaltenen Versammlung beschlossen die katholischen Geistlichen des Jura, auf ihrem Widerstande gegen die Regierung zu beharren. Ein Antrag, den Protest gegen die Diöcesanbeschlüsse zurückzuziehen, blieb in der Minderheit. Der große Rath von Bern beschloß in Anbetracht der obwaltenden Verhältnisse die Einführung der Civilehe im Jura.

Bern, 31. März. Die kath. Schulgemeinde St. Gallen hat den Antrag des Schulraths auf Vertretung der Lehre des Dogmas der Unschlbarkeit und des Syllabus im Schul- und Religionsunterricht mit 582 gegen 177 Stimmen angenommen.

Rom, 30. März. Einer Meldung der „Opinione“ zufolge hat die Commission zur Beratung der Gesetze über die religiösen Körperschaften ihren Bericht beendet. Derselbe enthält mehrere Abänderungen. Nach denselben sind die Erträgnisse der Generalatshäuser, nach Abzug der Unterhaltungskosten, dem päpstlichen Stuhle behufs Aufrechterhaltung seiner Beziehungen mit den Orden des Auslandes bestimmt. Die Ordensgenerale haben den Mitgenuß an dem Erträgnis, sowie an den von ihnen bewohnten Klostertheilen. Fremde hierortige Ordensinstitute werden auch weiterhin durch die bisherigen Administratoren verwaltet, müssen jedoch in einer Frist von zwei Jahren die Immobilien in italienische oder ausländische Rente convertiren und sich zu neuen Gesellschaften constituiren, welche zwar den gleichen Zweck verfolgen, sich jedoch den italienischen Gesetzen fügen müssen.

Paris, 30. März. Der vormalige Marineminister Chasseloup-Laubat ist heute plötzlich gestorben.

Paris, 30. März. Nach einer aus Madrid hier eingegangenen telegraphischen Meldung beabsichtigen die Carlisten eine Anleihe von 100 Millionen (vermuthlich Reales) aufzunehmen.

Paris, 31. März. Auf den Specialantrag des Handelsministers discutirt die morgige Assemblée das Arrangement mit der Ost Compagnie, dessen Adoption unzweifelhaft ist. Thiers versprach, Belfort nach der Räumung zu besuchen.

Paris, 31. März. Die Regierung zeigte den Journalen an, daß die Subscriptionen zu Gunsten der Carlisten bei Strafe eingestellt werden müssen.

Madrid, 30. März. Die „Gazetta“ publicirt das Wahlgesetz. Dem „Imparcial“ zufolge sind 500 Soldaten in Berqa durch die Carlisten gefangen genommen worden. Ein unter den Soldaten ausgebrochener Aufstand wurde durch Zumarraga sofort unterdrückt. Zwischen Figueras, Serrano und Topete hat eine Zusammenkunft zur Besprechung über die Freiheit der Wahlen und über die Artilleriefrage stattgefunden. — Die gestrige Versammlung von Mitgliedern der Internationale war wenig besucht und sagte keine Beschlüsse. — Das „Journal de Valencia“ meldet, daß ein bewaffneter Haufe mehrere Häuser, auch dasjenige des italienischen Consuls, nach Waffen durchsucht habe; sämtliche Consuln seien in Folge dessen zu einer Berathung zusammengetreten. — Der Gemeinderath von Cadix hat den Unterricht der Geistlichen in den Gemeindeschulen abgeschafft.

Barcelona, 30. März. Der Vicomte Bonald vom Generalstabe Saballs ist bei seiner Rückkehr von den Balearischen Inseln verhaftet worden. Der französische Consul verlangt seine Freilassung.

Aus einem Privat Schreiben aus Sevilla entnimmt die „Köln. Ztg.“ u. A. Folgendes: „Es ist zweifelhaft, ob dieses Schreiben seine Adresse erreichen wird, denn die Postverbindungen sind sehr gestört und unsicher, und wir erhalten oft in 3—4 Tagen keine Briefe. Auch hängt es jetzt lediglich von der Willkür der einzelnen Postbeamten ab, ob sie ihren Dienst verrichten wollen, und wenn ein Briefträger einmal ein paar Tage feiern will, so macht er sich dieses Vergnügens ohne die mindeste Abmüdung dafür. Haben doch auch sämtliche Beamten seit mehreren Wochen keinen regelmäßigen Gehalt mehr bekommen, sondern nur spärliche Abschlagszahlungen aus den Geldern, die sich eben zufällig in den Cassen des Staats — wenn von einem solchen überhaupt jetzt noch in Spanien die Rede sein kann — befinden. Und eine gleiche Anarchie, wie bei der Post, herrscht jetzt bei der Justiz, Polizei, kurz in Allem und Jedem. Gesetz und Recht kennen wir nicht mehr, Ordnung ist ein überwundener Standpunkt, und die schrankenlose Willkürherrschaft erfreut uns seit Wochen. Es ist nur ein Glück, daß die Lebensmittel jetzt sehr wohlfeil sind, die Spanier der unteren Volksklassen von einer fast unglaublichen Mäßigkeit in allen materiellen Genüssen sind und das Laster des Trunkes mit allen seinen üblen Folgen nicht kennen. Auch zeigt selbst der Pöbel stets eine ge-

wisse Ritterlichkeit und wird nie roh, ist aber wild und grausam, wenn er einmal Blut gesehen hat, und kennt dann im Kampfe weder Schonung noch Erbarmen. So ist bis jetzt die Sicherheit des persönlichen Eigenthums hier ziemlich leidlich geblieben und geradezu Plünderungen sind nicht vorgekommen. Freilich muß man sich gefallen lassen, daß oft an 10—20 sogenannte „Freiwillige der Republik“ ohne Weiteres in das Haus dringen, mit der Anforderung: „Gebt uns zu essen und zu trinken, denn wir haben Hunger und Durst, und kein Geld.“ Doch sind sie mit einem Schlauch Wein und einer Schüssel Olla podrida oder Erbsen in Del und etwas Knoblauchwürst stets zufrieden und entfernen sich dann mit höflichem Dank. Eben so kommen Soldaten, die willkürlich ihre Regimenter verlassen und in ihre Heimath zurückkehren, häufig mit Wehr und Waffen in das Haus und verlangen, zwar höflich aber bestimmt, einen Beitrag zur Reise, und sind mit 2—3 Reales stets zufriedengestellt. Daß täglich mehrere Mordthaten vorkommen, ist eine all-gewöhnliche Sache, und da wir gar keine Polizei mehr besitzen, so denkt auch Niemand im entferntesten daran, die Thäter zu verfolgen oder gar zu bestrafen. Wozu hätten wir denn jetzt eine Republik, wenn nicht Jeder die Freiheit haben sollte, einem ihm verhassten Menschen einen Dolchstich in den Leib zu versetzen? Die Autorität von Behörden kennen wir nicht mehr, und auch die Armee löst sich allmählich ganz auf. „Meine ganze Compagnie besteht noch kaum aus 20 Mann, und ich wundere mich, daß diese auch nicht schon fortgelassen sind, denn ich besitze nicht die mindesten Mittel, um sie zu halten“, sagte mir vorgestern ein befreundeter Hauptmann eines Infanterieregiments. Da den sogenannten „Freiwilligen der Republik“, eine Bande, die bisher noch nichts Anderes gethan hat, als Lärm zu machen und mit wüstem Gebrüll in den Straßen umherzutoben, ein fast viermal höherer Sold versprochen ist, als solchen die Soldaten des regulären Militärs erhalten, so finden letztere, wenn sie überhaupt dienen wollen, es viel bequemer, einfach ihre Truppentheile zu verlassen und sich als Freiwillige zu melden, wofür sie dann noch als Patrioten begrüßt werden. Wirklichen Sold haben übrigens weder die Freiwilligen noch die regulären Soldaten empfangen, und ich wüßte auch nicht, wer ihnen solchen bezahlen sollte, da die Staatskassen sämtlich leer sind und keine Peseta enthalten. Wer sollte jetzt auch wohl in ganz Spanien thöricht genug sein, Steuern oder Abgaben zu zahlen, und welche Behörde gebe es, die ihn dazu anhalten wollte! Handel und Verkehr haben gänzlich aufgehört, Niemand kauft, was nicht zu den allerhöchsten Lebensbedürfnissen gehört, und Keiner denkt daran, alte Schulden zu bezahlen oder gar Credit zu geben. Unser Haus hat hier in Sevilla und Umgegend mindestens für 50,000 Pesetas Forderungen und größtentheils an sichere Leute ausstehen, und doch haben wir seit Errichtung dieser glorreichen Republik auch noch nicht 1000 Pesetas eintreiben können, und werden, wenn dies so fortgeht, auch wohl nichts erhalten, da alle Besitzenden bald gänzlich bankrott sein dürften. Wir haben daher schleunigst nach England geschrieben, uns nicht die mindesten Waaren mehr zu schicken, verpacken alle unsere Vorräthe sorgfältig und erwarten schlicht eine sichere Wasser Gelegenheit, um solche auf dem Guadaluquivir nach Cadix und dann nach Gibraltar zu befördern. Auch von unserem Hause in Barcelona sind gleiche Nachrichten eingetroffen, und soll es dort noch schlimmer als hier in Sevilla aussehen, wenn dies überhaupt möglich ist. Es ist nur ein Glück, daß sowohl unser Haus wie überhaupt alle größeren englischen, deutschen und schweizer Häuser in Spanien die Geschäfte seit den letzten zwei Jahren möglichst einschränkten und thunlichst stets nur „gegen Baar“ verkauften, sonst würden die Verluste weit größer sein, als dies jetzt der Fall sein wird. So hoffen wir Alle hier noch mit einem blauen Auge davon zu kommen. Was die Zukunft von Spanien sein wird? Ja, wenn man das wüßte! Eins nur ist gewiß: eine vollständige Anarchie in der Gegenwart und ein langer, blutiger, bis zur äußersten Erschöpfung geführter Bürgerkrieg für die nächste Zukunft. Wer darin aber Sieger bleiben wird? quien sabe (wer kann es wissen?), wie der echte Spanier auf jede ihm unauslöschliche Frage zu antworten pflegt. Die einzigen Behörden, welche Macht und Ansehen besitzen, sind die Geistlichen auf dem flachen Lande.

Von den in Sevilla garnisonirenden Regimentern sind mindestens schon 4—5000 Mann, die aus Biscaya gebürtig, fortgegangen mit der offen ausgesprochenen Absicht, in carlistische Banden einzutreten, und viele Officiere folgen diesem Beispiel.

Auf der andern Seite greift in den größeren Städten unter dem Pöbel der Communismus immer mehr um sich, und Agenten der Internationale reisen umher und predigen ihre Lehre, die um so mehr Eingang findet, da in den Städten alle Fabriken und Geschäfte fast gänzlich geschlossen wurden und somit eine zahlreiche Menge sich in Müßiggang und Noth unthreibt. Auch unser Haus hat alle Arbeiter, Speicherarbeiter und Diener entlassen, da absolut nicht das Mindeste mehr für sie zu thun war, doch zählen wir ihnen, so lange unsere Kasse selbst nicht gänzlich geleert ist, vorläufig noch die Hälfte des bisherigen Gehalts. Dies sind jetzt schon die Segnungen der Republik in Spanien, und die Zukunft wird noch viel ärgere bringen. Was die National-Versammlung in Madrid schwagt und wieder schwagt, darum kümmert sich kein Mensch hier, denn sie genießt weder Achtung noch Autorität und hat nicht die mindeste Macht, irgend einen Beschluß durchzuführen. In Cadix, Barcelona u. Malaga erwartet man bald englische Kriegsschiffe zum Schutz des Lebens und des Eigenthums der dort lebenden Engländer. Leider ist unser Fluß hier zu seicht, als daß er Kriegsschiffe zulassen könnte, sonst würden wir Fremde uns alle sehr freuen, wenn einige englische oder auch deutsche Corvetten vor Sevilla ankern könnten. Ich schreibe diesen Brief, denn ich habe eine sichere Gelegenheit an das Consulat in Cadix, von wo er dann mit einem Dampfer nach England geht. Mein Schreiben ist länger geworden, als ich eigentlich wollte, allein ich habe Zeit vollauf, da unser Comptoir geschlossen ist und meine Kasse keine Geschäfte hat. So eben entspinnt sich vor unserer Wohnung eine Schlägerei zwischen Bauern und Gekleidern der Umgegend und städtischen Bummelern, welche sich „Freiwillige der Republik“ nennen, und da Niemand da ist, die Streitenden zu trennen, so wird der Kampf wohl lange dauern und blutig enden.“

#### \* Schwurgericht.

Karlsruhe, 27. März. Joh. Wischhoff aus Hamburg, Arbeiter-Agitator, wird wegen Preisvergehens durch ein Inzerat im „Pforzheimer Beobachter“, in welchem dem § 153 der deutschen Gewerbeordnung entgegen eine mit Drohung verbundene Aufforderung zur Arbeitseinstellung enthalten war, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurtheilt. — 28. März. Polytechniker Eugen Kiegler von Emmendingen wird wegen Tödtung des Polytechnikers v. Entsch im Duell zu 3 Jahren Festungshaft verurtheilt.

Manheim, 26. März. A. Doll von Eppingen ist wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tod, begangen an einem bewachten Schneider Namens Weiß, angeklagt, wird aber von Anklage und Kosten freigesprochen.

Manheim, 27. März. Die Ehefrau des Nikolaus Guttschlich von Friedrichsfeld wird wegen Brandstiftung zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Ein weiterer Brandstifter stand heute vor Gericht: Jakob Müller von Eppingen, lediger Maurer, jener furchtbare Verbrecher, der mehrere Brände in Eppingen, besonders jenen vor einem Vierteljahr stattgehabten großen Brand daselbst verursacht hatte. An seiner Schuld war nicht zu zweifeln und er erhielt eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren.

#### \* Literarisches.

Der „Offene Brief“ des Herrn Kaplan Hollinger in Offenburg an Herrn Dr. Michelis ist nunmehr in dritter vermehrter Auflage (bei Schömpfer in Vahr) erschienen, ein Beweis, welsches reges Interesse die Katholiken an dieser Streitfrage nehmen.

§ Vom Rhein, 29. März. Es erscheinen gegenwärtig so viele Brochüren, welche den Staat und die Kirche betreffen, daß ein Blatt entschuldigt ist, wenn es der einen oder anderen nicht Erwähnung thut. Aber das wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß gerade die im kathol. Sinne geschriebenen Brochüren einen Absatz haben und eine so zahlreiche Auflage verleben, daß man etwas Ähnliches vor zehn Jahren für eine pure Fabel gehalten hätte. Mit gegenwärtigem Wunsch der Einsender Ihre Leser auf das Buch: „Das moderne Recht und die Katholiken von Dr. P. H. Laethes Freimuth, Luxemburg bei Bruck 1873“, 219 Seiten, aufmerksam zu machen. Schon der Titel, der auch „der moderne Staat“ lauten könnte, und der Name des Verfassers, welcher schon einige Schriften unter diesem angenommenen Namen veröffentlicht hat, muß die Katholiken aufmerksam machen. Das Buch behandelt nach der Einleitung das moderne Recht und stellt demselben gegenüber dessen Eigenthümlichkeiten, dessen Folgen, die Fürsten, die Fürsten, die Katholiken und schließlich — den Teufel, der nicht außer der Rechnung gelassen werden darf, denn sonst käme er zu sehr in Vorthell! Den Schluß bildet ein Epilog.

#### Warnung.

Zwei Pöcker ziehen im unteren Theile unseres Landes umher. Der eine gibt sich als Holländer, Reisender eines großen Handelshauses, Kullmann soll die Firma sein, aus und will nicht deutlich verstehen, weshalb der andere sein Dollmeisch sein muß. Letzterer zeigt Teppiche und verschiedene Muster von Kleiderstoffen zu Spottpreisen an, worauf er Bestellungen machen läßt, und verspricht am folgenden Tage das Beste zu liefern. Kommt aber nichts. Zum Schluß bietet er in aller Hast und Gannerei ein Reststück an, während der Holländer ein Notizbuch zeigt mit Namen von Bestellern. Wer in die Falle geht und kauft, ist gefangen, aber auch schmächtig geprellt. Ein fast Geprellter.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bisseg.

